

Kein Beschluss ohne Anlieger

Versammlung in Häuslingen zur Straßensanierung / Bitte um günstigste Lösung

HÄUSLINGEN ■ „Dem Gemeinderat und auch mir liegen bisher keinerlei Informationen vom beauftragten Planungsbüro über den Stand hinsichtlich der geplanten Reparatur-, Sanierungs- oder Ausbaumaßnahmen der drei Straßenzüge vor. Daher kann der Rat auch keinen Beschluss, beispielsweise über eine beitragspflichtige Maßnahme, getroffen haben“, stellte die Häuslinger Bürgermeisterin Dr. Katrin Wrobel bei einer öffentlichen Anliegerversammlung klar.

Gleichzeitig verwies die Juristin auf den einstimmigen Grundsatzbeschluss des Rates vom Dezember vergangenen Jahres, der weiterhin Bestand habe. Die Behauptung, eine Erneuerung der Straßen Berliner Ring, Im tiefen Horn und Mühlenweg dürfe schon beschlossen sein, schlichtweg falsch. Nichts werde ohne die Anlieger laufen.

Zu der Anliegerversammlung hatten Gernot Boeck und Gerhard Block als Sprecher der Betroffenen den gesamten Gemeinderat ein-



Der Gemeinderat war nahezu vollständig zu der Versammlung gekommen. ■ Fotos: Röttjer

geladen, um damit die Gelegenheit für Fragen zu geben. Bei einem Treffen der Anwohner Ende Februar war der Gemeinderat gebeten worden, binnen zwei Monaten einen Termin zu benennen, um die Anlieger zu informieren: „Wir sind keinesfalls gewillt, auf eine für Monat Juni angekündigte Anliegerversammlung zu warten, um dort vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden“, sagte Boeck.

Er bat die Beteiligten darum, in der Aussprache sachlich und fair miteinander umzugehen und stellte anhand einiger selbst gefertigter Zeichnungen vor, wie eine Reparatur der Straßen als nicht beitragspflichtige Unterhaltungsmaßnahme aussehen könne. Auch habe er sich in Thedinghausen bei einer Fachfirma über Möglichkeiten der Reparatur informiert.

Kathrin Wrobel betonte, dass die Ergebnisse erst nach Ende der Voruntersuchungen vom beauftragten Planungsbüro ausgewertet würden. Die dann erarbeiteten Alternativvorschläge würden dem Rat und den

Anliegern im Rahmen einer Versammlung vorgestellt. Dabei habe der Rat keinerlei Informationsvorsprung, betonte Wrobel. Alle erführen gleichzeitig von den Ergebnissen.

„Erst danach wird eine Maßnahme, die für Gemeinde und die Anlieger Kosten auslöst, nach der erneuten Beratung in öffentlicher Ratssitzung beschlossen“, erläuterte Dr. Wrobel das weitere Verfahren. Dabei würden gegebenenfalls auch die Anregungen der Anlieger berücksichtigt.

Insgesamt sei es müßig, jetzt darüber zu diskutieren, ob vielleicht der nicht ausreichend tragfähige und verdichtete Untergrund verantwortlich sei für den aktuellen Zustand der Straßen, sagte die Bürgermeisterin. Denn nach mehr als 40 Jahren lasse sich das nicht mehr feststellen.

Warum die bereits vorgenommenen Untersuchungen zur Erkundung des Untergrunds, beispielsweise durch Kernbohrungen, etlichen Anliegern nicht bekannt gewesen seien, wollte ein Teilnehmer wissen. Das

alles sei per Aushang und auch in der Presse ausreichend bekannt gegeben worden, antwortete Wrobel. Außerdem sei den Bürgern die Möglichkeit gegeben, sich bei den Ratssitzungen zu informieren oder das Gespräch mit den Mitgliedern dieses Gremiums zu suchen.

Der Gemeinderat war nahezu vollständig zu der Anliegerversammlung gekommen und unterstützte die Bürgermeisterin. Auch Torsten Gudehus, Ulrich von Behr, Jörn Dettmer und Mirko Kunze betonten, dass sich die Gemeinde hinsichtlich einer möglichen Sanierung in der allerersten Planungsstufe befinde. Ein Beschluss über eine für Bürger beitragspflichtige Maßnahme stehe erst nach einer weiteren Anliegerversammlung an, machten sie deutlich.

Boeck dankte für die sachliche Diskussion. Mit viel Beifall wurde schließlich die Bitte aus der Versammlung bedachte, der Gemeinderat möge die für den Bürger günstigste Lösung beschließen. ■ rö



Sprecher Gernot Boeck hatte sich über Sanierungsmethoden informiert.